

»Politik fühlt sich manchmal wie Katastrophenschutz an«



GRÜNER KAPITALISMUS Grünenchefin Ricarda Lang, 28, erklärt, warum Wohlstand künftig mehr sein muss als die Anhäufung zusätzlicher Produkte – und es in der Klimakrise einen neuen Generationenvertrag braucht

SPIEGEL: Frau Lang, im Koalitionsvertrag, der vor gut einem Jahr unterschrieben wurde, fanden sich etliche Vorhaben zur sozialen Gerechtigkeit und zur Förderung erneuerbarer Energien. Dann kam der Krieg, die Weltlage erforderte andere Maßnahmen. Verspielen wir gerade die Chance, in eine bessere, nachhaltigere Zukunft zu starten?

Lang: Nein, das Gegenteil ist der Fall. Natürlich müssen wir kurzfristig Entscheidungen treffen, die wir so nicht hätten treffen wollen, zum Beispiel, einzelne Kohlekraftwerke aus der Reserve heraus zu aktivieren. Auf der anderen Seite sehen wir, dass unser System mit sich überlappenden Krisen konfrontiert ist. Darin, wie wir ihnen begegnen, liegt eine gesellschaftliche Chance. Wir können in der Krise etwas besser machen. Dafür müssen wir jetzt grundsätzliche Fragen beantworten: Woran wollen wir festhalten? Was wollen wir in Zukunft anders machen?

SPIEGEL: Im Krisenmodus bleibt der Politik doch gar keine Zeit für große Würfe.

Lang: Tatsächlich fühlt sich Politik in solchen Situationen manchmal wie Katastrophenschutz an. Es gilt, das Schlimmste zu verhindern. Aber wir wissen auch, dass wir nicht darauf bauen können, dass die Krisen irgendwann vorbei sind. Unsere Realität ist jetzt schon eine Welt multipler Krisen. Deswegen werde ich als Parteivorsitzende auch immer wieder Entscheidungen treffen, die nicht perfekt sind, sondern erst mal nur kurzfristig etwas verbessern. Das schließt nicht aus – vielmehr ist es zentrale politische Aufgabe –, dass wir Strukturen schaffen, mit denen wir vorsorgen und Krisen langfristig besser abfangen können, zum Beispiel bei den Lieferketten. Wir dürfen bei entscheidenden Gütern nicht komplett abhängig sein von Ländern wie China.

SPIEGEL: Bedeutet das einen Abschied von der Globalisierung?

Lang: Ich halte von der Idee einer Deglobalisierung gar nichts. Das wäre weder wünschenswert noch realistisch. Wir müssen aber unabhängiger werden von autokratischen Systemen. Und Globalisierung darf nicht ein Wettbewerb um die niedrigsten Standards sein. Im Gegenteil: Menschenrechte und Nachhaltigkeit müssen Standard werden.

SPIEGEL: Ihre Generation wirft der älteren Generation oft vor, zu sehr auf die Vermehrung des Wohlstands im Hier und Jetzt geschaut zu haben statt auf die langen Linien. Sind Sie persönlich auch wütend auf die Älteren?

Bundsvorsitzende Lang: »Wer heute geboren wird, soll zukünftig auf diesem Planeten noch gut leben können«



Margita Waldthausen / DER SPIEGEL

Lang: Nein. Aber wenn ich auf die Regierungen der vergangenen 16 Jahre schaue: Wie konnten sie das Land energiepolitisch so abhängig machen von russischen Fossilen? Wie konnten sie Fragen des Klimaschutzes so lange ausblenden? Die fehlende Vorsorge der letzten Jahre macht es der jungen Generation und den heute politisch Verantwortlichen deutlich schwerer, die entscheidenden Schritte zu gehen, weil so viel aufzuholen ist. Zugleich bleibe ich als Politikerin nicht bei der Wut stehen. Ich habe und will ja die Verantwortung, es besser zu machen.

SPIEGEL: Was also tun?

Lang: Eines ist klar: Wir brauchen einen neuen Generationenvertrag. Der bisherige beruht auf dem Versprechen, dass die Jungen die Renten der Alten sichern – und dafür selbst abgesichert sind, wenn sie alt werden. Es muss ein neues Versprechen dazukommen: Wer heute geboren wird, soll zukünftig auf diesem Planeten noch gut leben können, auch für diese Generationen muss der Wohlstand erhalten werden. Diese Frage steht heute im Mittelpunkt progressiver Debatten. Während man sich auf CDU-Parteitagen vor allem mit dem Gendern beschäftigt, dreht es sich hier immer mehr um ökonomische Fragen, von der Industriepolitik bis zur Schuldenbremse.

SPIEGEL: Wie erklären Sie sich das neue ökonomische Interesse?

Lang: Die wirtschaftlichen Fragen sind Grundlage für die Gestaltung der Zukunft. Ich sehe das in meiner Partei: Die Grünen sind dabei, die neue Wirtschaftspartei zu werden.

SPIEGEL: Das dürften die Opposition und Ihre Koalitionspartner anders sehen. Die Grünen liegen ständig mit der FDP im Clinch. Kann eine von großen Gegensätzen geprägte Regierung die großen Fragen überhaupt lösen?

Lang: Die Koalition besteht aus drei Parteien, die naturgemäß unter-

schiedliche Ansichten haben. Das ist manchmal herausfordernd, aber auch unsere Stärke. Uns verbindet der klare Wille, das Land krisenfester und moderner aufzustellen. Daraus entstehen tragfähige Lösungen. Nehmen wir die Bürgergeldreform oder die Antworten, die wir in der Energiekrise geben: Zum Beispiel haben wir eine Bremse für die Strom- und Gaspreise eingezogen, die die Menschen entlastet, den Anreiz zum Sparen aufrecht erhält und zugleich Übergewinne von Unternehmen abschöpft.

SPIEGEL: Die Frage nach der besten wirtschaftlichen Ordnung für die Zukunft beschäftigt auch viele Denkerinnen und Denker. Die deutsche Philosophin Eva von Redecker fragt, ob der Kapitalismus noch taugt. Das meistverkaufte Sachbuch der vergangenen Jahre in Japan stammt von dem Philosophieprofessor Kohei Saito, der eine ökologische Kritik des Kapitalismus aus der Sicht von Karl Marx geschrieben hat. Der britische »Economist« spricht von einem »Millennial-Sozialismus«. Ist der Kapitalismus herkömmlicher Prägung am Ende?

Lang: Er hat vielen Menschen in großen Teilen der Welt Wohlstand und Sicherheit gebracht. Um Menschen aber von einem Wirtschaftssystem zu überzeugen, braucht es ein soziales und ein Zukunftsversprechen. Beides wird aktuell nicht ausreichend eingelöst: Während einige wenige Multimilliardäre so viel besitzen wie die ärmere Hälfte der Menschheit, befeuert unser Wirtschaften weiter die Klimakrise. Ich glaube, daher rührt gerade bei jungen Leuten das Hadern und die große Sinnuche, die wir überall erleben.

SPIEGEL: Also weg mit dem Kapitalismus? Und wenn ja – was tritt an seine Stelle?

Lang: Wir können viel Zeit darauf verwenden, Begriffsdebatten zu führen, das bringt uns aber nicht wirklich weiter. Die Ökonomin Isabella Weber hat recht, wenn sie sagt, dass kein ökonomisches Modell auf die sich überlagernden Notlagen unserer Zeit vorbereitet ist. Es ist deshalb nicht klug, in starren Systemen zu denken, wir sollten uns auf konkrete Lösungen fokussieren. Viele Jahre lang hieß es etwa, die Digitalisierung sorge dafür, dass Arbeitsplätze wegfallen. Das ist nicht der Fall. Im Gegenteil, wir haben einen massiven Arbeitskräftemangel. Die neue Lage sorgt wiederum dafür, dass wir uns fragen müssen, welche Art von Arbeit wir benötigen. Und wie wir die Menschen dafür ausbilden.

SPIEGEL: Viele junge Menschen stellen die Arbeit nicht mehr unbedingt in den Mittelpunkt ihres Lebens, Wohlstand bedeutet für sie nicht automatisch, viel Geld zu haben. Viele wollen lieber kürzer arbeiten.

Lang: Es kommt tatsächlich sehr darauf an, was wir als Wohlstand definieren. Er kann ja nicht nur die Anhäufung von Produkten sein. Letztlich geht es doch darum, die materiellen Grundlagen für ein selbstbestimmtes Leben zu haben. Wohlstand bleibt weiter unser Ziel, nicht nur für eine kleine Gruppe von Leuten,

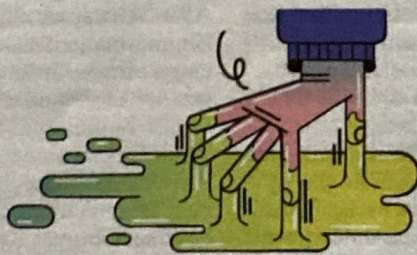
sondern auch für Menschen, die am Fließband oder in der Landwirtschaft arbeiten.

SPIEGEL: Die Vorstellung, die Wirtschaft sei eine in Teilen vom Staat abgetrennte Einheit, aus der sich die Politik möglichst herauszuhalten habe, ist in 40 Jahren modernem Neoliberalismus entstanden. Spätestens in der Pandemie ist klar geworden, dass der Markt ohne massives Eingreifen des Staates nicht zurechtkommt. Der Wirtschaft musste mit diversen Wummsen geholfen werden. Braucht es fortan den starken Staat?

Lang: Wir sehen jedenfalls, dass es falsch ist, die Märkte unbedarft sich selbst zu überlassen. Jahrelang ist man den Krisen mit Austeritätspolitik begegnet, mit Sparsamkeit. Zum Beispiel in der Euro- oder der Finanzkrise. Jetzt reagiert die Politik eher mit Investitionen, wie etwa in den USA mit dem Inflation Reduction Act, der unter anderem milliardenschwere Steueranreize für den Ausbau erneuerbarer Energien vorsieht. Der Staat ist, wie zum Beispiel die Ökonomin Mariana Mazzucato sagt, nicht nur Reparaturbetrieb oder Korrektiv, er gibt die Ziele im Sinne des Gemeinwohls vor. Das ist das Gegenteil von Neoliberalismus – und es ist den Realitäten geschuldet.

SPIEGEL: Sie sind Jahrgang 1994 und wurden in die Hochzeiten des modernen Neoliberalismus hineingeboren. Steckt etwas von diesem Denken auch in Ihnen?

Lang: Ja, ich bin noch aufgewachsen mit dem Denken: Du musst nur alles geben, dann wird's schon gut werden. Es wäre schön, in einer Welt zu leben, in der das stimmt. Aber für viele Menschen, die nichts erben oder aus einem armen Haushalt kommen, reicht es eben nicht, sich anzustrengen. So einfach ist es also nicht. Das gilt übrigens auch für den Umgang mit der Klimakrise: Es ist gut, sich anzustrengen, denn ohne die Anstrengungen Einzelner wird es nicht gehen. Die Klimakrise aber lässt sich nicht individuell lösen. Wir müssen es zum Beispiel schaffen, die Stahlproduktion klimaneutral umzustellen, statt darauf zu hoffen, dass jeder oder jede Einzelne die Klimakrise allein dadurch abwendet, dass er oder sie mehr hiervon und weniger



»Ich bin aufgewachsen mit dem Denken: Du musst nur alles geben, dann wird's schon gut werden.«

davon kauft. Wir müssen an den Stellschrauben drehen, die wirklich große Veränderungen bewirken können.

SPIEGEL: Welche könnten das sein?

Lang: Es braucht ein anderes Verständnis für Investitionen. Viele tun immer noch so, als sei der öffentliche Haushalt das Gleiche wie ein privater und als müssten wir uns an der schwäbischen Hausfrau orientieren, wobei ja selbst die investiert. De facto ist es doch so: Wenn wir massiv in eine klimaneutrale Wirtschaft oder in Bildung investieren, schaffen wir Ressourcen für die Zukunft – und damit öffentliches Vermögen. Diese Tatsache muss sich dringend in einer anderen Ausgabenpolitik wiederfinden.

SPIEGEL: Der starke Staat war immer ein linkes Ideal. Im Moment legt der Staat ein Milliardenpaket nach dem anderen auf. Haben Sie keine Sorge, dass er mit den finanziellen Lasten und der Verantwortung irgendwann überfordert ist?

Lang: Der Begriff »starker Staat« klingt für mich statisch – so wie: Der Staat regelt das schon. Das ist nicht mein Staatsverständnis. Ich glaube, dass wir einen handlungsfähigen Staat brauchen. Um aber effizienter zu sein, muss er auch schlanker werden. Bei den Verhandlungen zu den Entlastungspaketen war es für mich – entschuldigen Sie die Ausdrucksweise – ein What-the-fuck-Moment zu sehen, dass es bisher keine Möglichkeit gibt, unbürokratisch Geld an alle Bürgerinnen und Bürger auszuzahlen, wenn es nötig ist. Wir mussten bei den Entlastungen auf lauter verschiedene Hilfskonstruktionen zurückgreifen. Die Arbeitgeber zahlen an die Arbeitnehmer, die Rentnerinnen bekommen etwas aus der Rentenversicherung, die Studierenden etwas aus dem Studierendenwerk. Ein Staat, der hier einfacher agierte, wäre am Ende auch ein schlanker Staat, obwohl er mehr für die Bürgerinnen und Bürger täte.

SPIEGEL: Hinter der Frage, ob wir so weitermachen können, steckt im Kern eine andere: Wie viel Wachstum kann sich die Gesellschaft noch leisten? Wachstum bedeutet Konsum und Gewinne, es zehrt aber zugleich an den Ressourcen, und es zerstört das Klima.

Lang: Ich finde diese Diskussion ermüdend. Was bringt es denn, Wachstum als Abstraktum zu begreifen und uns zu entscheiden, ob wir dafür oder dagegen sind? Bei den erneuerbaren Energien brauchen wir ein enormes Wachstum, bei fossilen Energien wiederum gilt das Gegenteil. Wenn wir gegenüber China nicht ins Abseits geraten wollen, werden wir bei neuen Technologien wachsen müssen, und zwar schnell. Produkte aus Kinderarbeit oder Umwelterstörung wiederum dürfen keine Zukunft haben. Wachstum und Nachhaltigkeit schließen sich genauso wenig aus wie Wachstum und Gerechtigkeit – entscheidend ist, was wächst, und vor allem, wie es verteilt wird.

Interview: Susanne Beyer, Thomas Schulz